

Die Entwicklung der Spandauer Vorstadt im Zentrum Ostberlins seit der Wi(e)dervereinigung beider deutscher Staaten aus stadtsoziologischer Sicht

Baumert, Karin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baumert, K. (1995). Die Entwicklung der Spandauer Vorstadt im Zentrum Ostberlins seit der Wi(e)dervereinigung beider deutscher Staaten aus stadtsoziologischer Sicht. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen (S. 570-573). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141260>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

4. Die Entwicklung der Spandauer Vorstadt im Zentrum Ostberlins seit der Wi(e)dervereinigung beider deutscher Staaten aus stadtsoziologischer Sicht

Karin Baumert

Was und wer wird transformiert und welche Rolle spielt die Stadtsoziologie?

Die Spandauer Vorstadt, ein Gebiet im Herzen Ostberlins, widerspiegelt wie kaum ein anderer Ort in Berlin die Geschichte der Stadt seit dem 17. Jahrhundert. Als Vorstadt vor den Toren Berlins seinerzeit entstanden, dokumentiert das Gebiet noch heute diesen Vorstadtcharakter in seinem Straßenraster und in einzelnen Baudenkmälern. Dem aufmerksamen Betrachter erschließt sich die Stadtentwicklung Berlins in städtebaulich-architektonischer Gestalt genauso wie über die vielen Details, die nicht zuletzt die jüdische Tradition und das Großstadtflair Berlins in den 20er Jahren erahnen lassen.

Aber auch in der Gegenwart lebt dieses Gebiet als Einheit von städtebaulich-räumlicher Vielfalt und städtischer Urbanität. Soziologen können es nur schwer definieren, hier kann man es erleben. Die Literatur ist voll von der Trauer über den Untergang der Städte, Stadtsoziologen beschwören Urbanität, die Architekten glauben, über Gestaltung und Form städtisches Leben organisieren zu können. Wo immer man neue Stadtqualitäten schaffen will, hier muß man sie "nur" bewahren. Zur Zeit besitzt die Spandauer Vorstadt noch die Einmaligkeit, die Identität eines städtischen Raumes, der sich in der Vielfalt von kleinteilig städtebaulich-räumlichen Arealen in Abhängigkeit von der konkreten vielfältigen Nutzung entfaltet. Heterogene Bewohnerstrukturen mit all den positiven Folgeerscheinungen, wie enge Nachbarschaftsbeziehungen, Toleranz und Solidarität, eine starke Identität mit dem Gebiet aufgrund von Einmaligkeit und Nutzungsvielfalt lassen den Besucher gegenwärtig noch den Hauch eines fast schon vergessenen Stadtmilieus erahnen. Die Entwicklung des Gebietes zur Zeit der DDR zu einem fast vergessenen Areal, die Wende und die Illusionen der Bewohner, nun die Entwicklung ihres Gebietes mitbestimmen zu können, die Neubewertung des Gebietes von außen und die Entwicklungen über Kunst, Kultur und Commerz sowie die Gefahren des langsamen Untergangs eines Stadtraumes lassen sich in der Spandauer Vorstadt wie in einem Regentropfen beobachten. Die großen Stadtentwicklungskonzepte um den Potsdamer Platz, am Alexanderplatz, im Regierungsviertel werden in der Spandauer Vorstadt kaum wahr genommen, und doch wird dieser Entwicklungsdruck nicht ohne Folgen für dieses Gebiet bleiben.

Das Gebiet wird gegenwärtig durch zwei Veränderungspotentiale beeinflusst, die Neugestaltung des gesamten Innenstadtraumes als City der Hauptstadt Deutschlands und die Polarisierung der Bewohner von einer ehemals relativ homogenen sozialen Gemeinschaft in eine auf Konkurrenz und Entsolidarisierung basierende Summe von Anwohnern.

Wer transformiert hier welche Errungenschaften des Sozialstaates Bundesrepublik für wen? Welche Möglichkeiten der sozialverträglichen Stadterneuerung bietet das bundesdeutsche Rechtsinstrumentarium und welche Rolle hat Stadtsoziologie in diesem Veränderungsprozeß, will sie nicht nur als Beobachter die Entwicklung dokumentieren? Gibt es noch eine aktive gesellschafts-

gestaltende Funktion der Stadtsoziologie? Wer wird zum Subjekt der Stadtentwicklung? Wer hat in dieser Gesellschaft welche Chancen, seine Lebensbedingungen zu gestalten? Von wem wird die Stadt als Ausdruck stadträumlicher Veränderungen, als Ausdruck des Umgangs mit Geschichte, als Ausdruck des Umgangs mit dem Gebrauchswert "Stadt" entwickelt und beeinflusst?

Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist die These, daß Stadtsoziologie das Verhältnis gesellschaftsgestaltender Subjekte zum sozialen Raum Stadt beschreibt.

Drei Ebenen sind es, in denen die gesellschaftsgestaltenden Subjekte differenziert betrachtet werden sollen:

1. Die Ebene allgemein gesellschaftlicher Regulative, d.h. die gesellschaftlich gesetzten Rahmenbedingungen durch die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden (Restitution vor Entschädigung, Steuersonderabschreibungen und staatlich verordnete Mietenentwicklung, die Novellierung des Altschuldenhilfegesetzes usw.), insbesondere also die Konstituierung der Marktwirtschaft in diesem städtischen Raum und ihre Wirkungen als allgemeinstes Verhältnis, dem sich alle weiteren Subjektebenen strukturierend unterordnen.
2. Die kommunale Ebene; der Kommune kommt als originäres Gemeinwesen eine selbständige Handlungsebene zu, die in den Grenzen der allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine relative Eigenständigkeit besitzt. Die Veränderungen der kommunalen Selbstständigkeit sowie ihre Grenzen können an der Entwicklung der Modernisierungs- und Instandsetzungs-Richtlinie in Berlin seit 1990 und den Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung in den Bezirken Berlins seit der Einführung des Globalhaushaltes beobachtet werden.
3. Die individuelle Ebene der Betroffenen, insbesondere der Bewohner. Die Veränderungen der Stadtentwicklung gestalten sich für den Bewohner in dem Maße, wie er seine Wohn- und Lebensbedingungen gestalten kann; allgemeine Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung werden für ihn zur Chance oder Grenze seines Grundrechtes auf Wohnen. Die Grundrechte der Bundesrepublik stehen auf dem Prüfstand, die Veränderungen des Gebietes aus der Sicht der Betroffenen können als Parameter des Sozialstaates und seiner "bürgerlichen Demokratie" gemessen werden.

Der soziale Raum "Stadt" wird mit diesem theoretischen Ansatz nicht nur als die Summe privat investierender Einzeleigentümer bzw. Immobilienfirmen und -fonds betrachtet, der Interessen der Prosperität von Kapital, sondern auch unter dem Aspekt des ehemaligen Gemeinwesens "Stadt", über deren kommunale Selbstverwaltung und deren sozialdifferenzierte Ausgestaltung unter Beteiligung der Bewohner und Betroffenen. Mit diesem analytischen Ansatz, der in der Realität als einheitlicher Prozeß erscheint, kann auch die Funktion der Stadtsoziologie als gesellschaftsgestaltende Wissenschaft gefaßt werden. Die Analyse eines realen Prozesses sowie deren Bewertung schließt dann auch die Möglichkeiten der Beeinflussung dieses Prozesses ein. Stadtsoziologie muß sich auf die kritische Analyse der Stadtentwicklung einlassen, um die Möglichkeiten der Veränderbarkeit wahrzunehmen.

Die Spandauer Vorstadt war in der DDR ein typisches Altbaugebiet mit einem geringen gesellschaftspolitischen Image und darum durch zunehmenden Verfall gekennzeichnet. Dennoch haben sich gerade hier, abseits von den Schauplätzen der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Bewohner ihren eigenen Lebensraum erhalten. Das Gebiet besaß und besitzt, wie empirisch in einer repräsentativen Untersuchung 1992 vom Büro *Mieterstadt* nachgewiesen, die für DDR-Verhältnisse typische heterogene Bevölkerungsstruktur hinsichtlich

Alter, Familienstand, Bildungsstruktur und Erwerbstätigkeit, die sich auch im Detail im Nebeneinander und Miteinander unterschiedlichster sozialer Gruppen äußerte. Die Nachbarschaftsbeziehungen der Bewohner stehen im Kontrast zu der gesamtstädtischen Funktion, die der Spandauer Vorstadt durch die neue Zentrumslage aufgedrängt wird. Zunehmend bildet sich ein Spannungsfeld zwischen der durch private Beziehungen geprägten Struktur des Kiezes und der City-Öffentlichkeit aus. Dieses Spannungsverhältnis ist eine besondere Qualität eines innerstädtischen Quartiers. Die Bewohner erhalten das Gebiet, weil sie es nicht kurzfristigen Verwertungsinteressen preisgeben wollen. Der Austausch bzw. die Verdrängung der gebietsansässigen Bewohnerschaft würde nicht nur der Zerstörung einer Lebensperspektive von vielen gleichkommen, sondern würde auch einen Verlust für die Stadt darstellen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch kein Wandel in der Bewohnerstruktur zu erkennen. Aber in der ungleichen Stellung der verschiedenen Nutzergruppen liegt die ungleiche Chance ihrer Partizipationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Fortschritt, an den Früchten der Wi(e)dervereinigung. Hinzugekommen ist die stärkere Differenzierung der Bewohner hinsichtlich ihrer persönlichen Perspektiven, in den neuen Wertmaßstäben der bundesdeutschen Gesellschaft einen Platz einzunehmen, der ihnen auch langfristig ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Ein Teil kann seine Möglichkeiten neu entwickeln und ausschöpfen, andere geraten in eine Spirale des gesellschaftlichen und persönlichen Abstiegs und bangen um existentielle Lebensbedingungen. In dieser Situation ist der Erhalt der Wohnung in diesem Gebiet von besonderer Bedeutung. Welche Möglichkeiten die unterschiedlichen Nutzergruppen und speziell die Bewohner bei der zukünftigen Planung des Gebietes haben, wird in hohem Maße von der Ausgestaltung des Regel- und Förderrahmens der Städtebauförderung abhängen. Eine am Markt orientierte Stadtentwicklung wird für Bewohner bald keinen Raum der Mitbestimmung lassen.

Das durchgreifende Moment der Veränderung ist die Auflösung des Stadtraumes in eine Summe von Einzelinteressen von Eigentümern und Investoren. Aufgrund der außerordentlich guten Lage im Stadtraum sind die Verwertungsbedingungen von Kapital in diesem Gebiet besonders hoch. Unterstützt von Steuersonderabschreibungsmöglichkeiten fließt westdeutsches Kapital in einen Stadtraum, der, wie beschrieben, bis vor kurzem die Vision von Stadtsoziologen hütete.

Die zur Zeit der Entstehung des Gebietes aus den gesellschaftlichen Strukturen heraus spontan gebildete und als solche dann auch städtebaulich geplante Mischung von Gewerbe, Wohnen, Gastronomie und Kultur - am Beispiel der Hackeschen Höfe sehr gut nachvollziehbar - hatte in der Geschichte des Gebietes vielfältige Formen. Sofern diese Mischung ein gewisses Gleichgewicht besaß, kam eine gegenseitige Akzeptanz unterschiedlicher Nutzungen zustande, die einander belebten und das spezielle großstädtische Flair ausstrahlten. Derartige Synthesen multifunktionaler Nutzungen als positiver städtischer Erlebniswert sind in der späteren Entwicklung der Städte nicht mehr spontan entstanden. Die Geschichte und der Zustand des Gebietes sind Ausdruck dieser Tatsache: Die Spandauer Vorstadt überliefert uns städtebauliche Strukturen, die diese multifunktionale Nutzung ermöglichen. Dieser Nutzungsprozeß stellt sich jedoch in der heutigen gesellschaftlichen Struktur nicht mehr spontan her, sondern muß geplant und gesteuert werden. Wird der Prozeß der Neunutzung nicht bewußt gestaltet, besteht die Gefahr, daß die Nutzergruppen, die die größeren Marktchancen haben, letztlich auch die größere Chance der Durchsetzung ihrer Interessen haben werden. Dann werden spontan die Entwicklungen eintreten, die sich heute bereits abzeichnen.

Wie wirken die sozialen Regulative des Sozialstaates Bundesrepublik, wird auch der Sozialstaat transformiert? Gibt es noch eine sozialverträgliche Stadterneuerung?

Die Erhaltung der Spandauer Vorstadt ist mit der Ausweisung des Gebietes als Sanierungsgebiet durch die 9. VO des Senates politisch beschlossen worden. Der Erhalt der städtebaulichen Substanz und der Schutz der Bewohner vor Verdrängung sind als Ziel der behutsamen, sozialverträglichen Stadterneuerung politischer Konsens. Die Festlegung der Spandauer Vorstadt als Sanierungsgebiet ist die einmalige Chance, ein Gebiet, das in seiner städtebaulichen Struktur historisch gewachsen ist und in seiner Sozialstruktur kaum Segregation aufweist, behutsam zu erneuern. Zur Konkretisierung dieser Sanierungsziele erarbeitete das Büro *Mieterstadt* im Auftrag des Bezirksamts Mitte ein soziales Konzept. Das wesentliche Anliegen dieser Arbeit bestand darin, konzeptionelle Vorstellungen für die Anwendung des Sanierungsrechtes bei ausbleibenden Städtebaufördermitteln für die Spandauer Vorstadt zu erarbeiten. Die sozialen Zielsetzungen der Sanierung werden im Vergleich zur Vergangenheit aufgrund der angespannten Haushaltssituation von Bund und Land nur noch punktuell durch Städtebaufördermittel verwirklicht. Soziale Ziele der Stadterneuerung müssen heute vielmehr auch mit privaten Eigentümern und Investoren durchgesetzt werden. Das soziale Konzept für die Spandauer Vorstadt ist der Versuch, mangels Städtebauförderungsgeldern, die Schere zwischen einer Sanierung über private Investoren und einer sozialverträglichen Stadterneuerung nicht zu groß werden zu lassen.

Auch die im Baugesetzbuch über den § 180 festgeschriebenen Möglichkeiten der Einbeziehung von Bewohnerinteressen in den Sanierungsprozeß, speziell die Vermeidung nachteiliger Auswirkungen - im Sozialplanverfahren von Berlin als Ausführungsvorschrift geregelt - stellen infolge der knappen Kassen der Bezirke eine äußerst schwache Brücke der Bürgerbeteiligung bei Sanierungsmaßnahmen dar. Die Gratwanderung zwischen Sanierung und sozialverträglicher Stadterneuerung, der gleichzeitige Abbau von Sozialleistungen und Bürgerbeteiligungsrechten bei Sanierungsmaßnahmen - hier wird eine Marktwirtschaft transformiert, die in diesem Prozeß der Kolonialisierung neuer Gebiete die Ausdehnung, die extensive Erweiterung eines Wirtschaftssystems auf Kosten der Rücktransformation eines Sozialstaates Bundesrepublik verfolgt. Eine solche Wi(e)dervereinigung wird Folgen für diesen Sozialstaat und damit für alle Betroffenen haben.

Karin Baumert, Gipsstraße 23, D-10119 Berlin

5. Politik der Profession: Das Leitbild der Berlinischen Architektur

Werner Sewing

In weniger als fünf Jahren sind die städtebaulichen und die meisten architektonischen Weichen für die Hauptstadtentwicklung gestellt. Eine klare architekturpolitische Linie ist erkennbar: die Orientierung an den Konventionen der *Europäischen Stadt* (Rossi 1984), wie etwa Traufhöhen, Fluchtlinien, einer klaren Blockstruktur und einer Hierarchie von öffentlichen und privaten Räumen (Burg 1995).

Allerdings verrät die Preisgabe der Parzelle als Basis der Stadtstruktur, daß die soziale und funktionale Vielfalt, die mit der Rede von der europäischen Stadt beschworen wird, kaum zu